



Der rote Postler

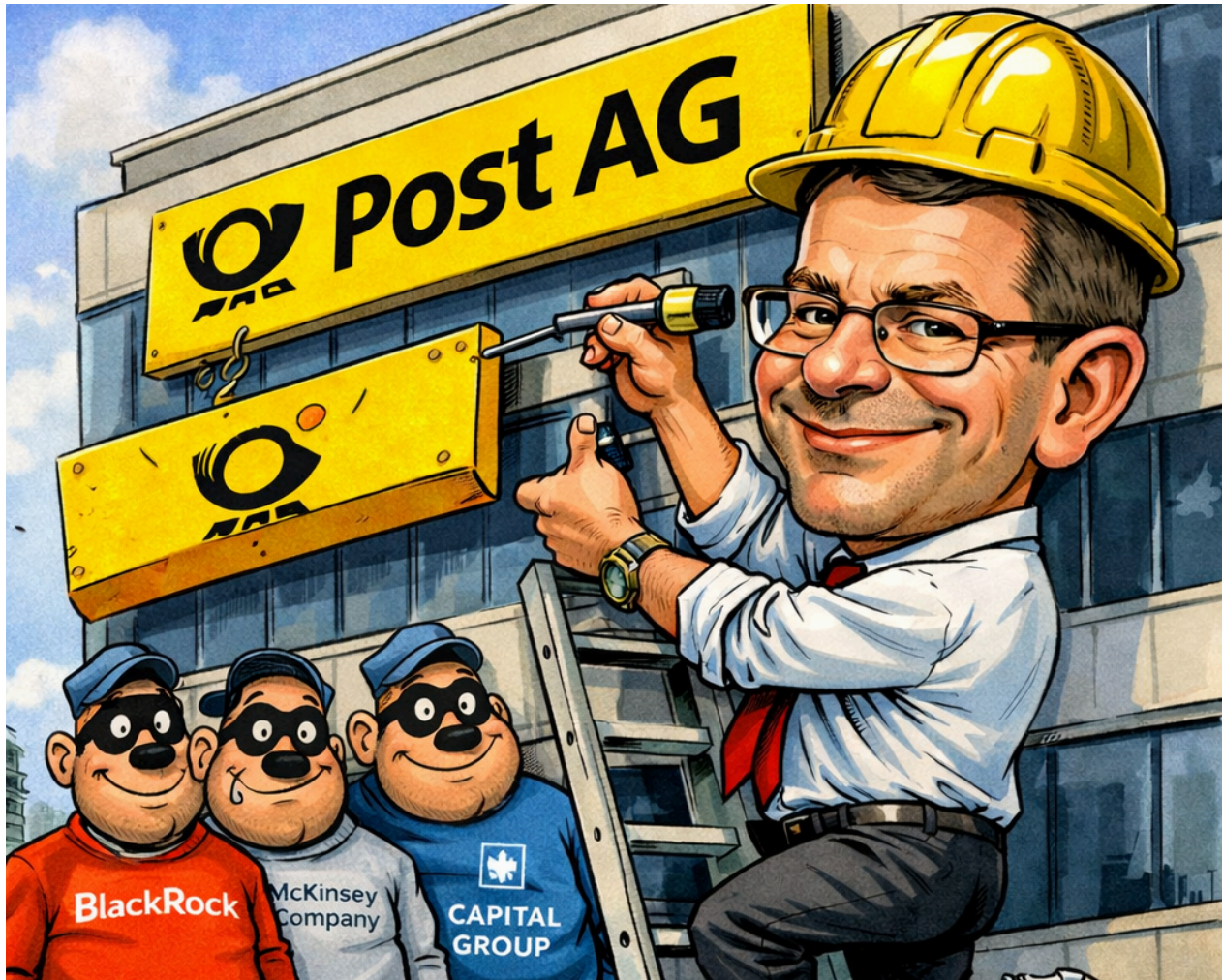
Betriebszeitung der
Jahrgang 1 - 2026,
Nr. 3, April 2026

 **DKP BG**
POST | KASSEL

Friedensbriefmarken, S. 5.
Krieg, Frieden und die AGB
der Post



Dummes Zeug und
Nein zur Wehrpflicht,
S. 8.



Betriebsübergang

Alles in Ordnung? Was wird vorbereitet?

Aus Post und Paket Deutschland, einer Division im Rahmen des Konzerns DHL wird eine neue Post AG, das nennt man juristisch einen **Betriebsübergang**. Diese neue Post AG wird eine 100%ige Tochter der DHL sein. Mit einem Betriebsübergang ist zunächst zu klären, wie die Tarifverträge, die Arbeitsbedingungen usw gesichert werden. Da beibt sich die Verdi mizuteilen, alle Tarifverträge werden übernommen. Also alles gut?

Bei einem Betriebsübergang entsteht eine neue Einordnung in die Kapitalstruktur. Das heißt: Wenn derzeit die Kasse der Division Post und Paket Deutschland leer ist, kriegt irgendein Anzug tragender Sesselfurzer Ärger, wir aber weiter unser Geld, denn es wird innerhalb des einen Konzerns schlicht umhergeschaufelt. Wenn nun die neue Post AG ein eigenständiger Konzern ist, ist einmal hinausgezogenes Geld weg - der Verteilungsspielraum wird geringer.

Geld aus dem Geschäft ziehen ist der DHL jetzt nicht unbekannt. Geht einmal in die Fahrradhalle und guckt nach, wenn ihr uns nicht glaubt.

Wird Geld herausgezogen, entsteht eine **schlechtere Verhandlungsposition** für die Gewerkschaft, weil real weniger zu verteilen ist. Das werden wir bei Schutz- und Lohntarifverträgen merken. Unsere Schutztarifverträge sind, solange die Aktionäre am Ruder sind, nie vollständig, sondern immer nur solange gesichert, wie wir sie verteidigen.

Aber auch an anderen Stellen drohen Verschlechterungen: Derzeit laufende Absprachen zwischen den Divisionen und Post und Paket Deutschland müssen neu ausgehandelt werden. So kann - ganz legal - in jedem Vertrag Geld aus dem Brief- und Paketgeschäft nach außen verschoben werden. Außerdem entstehen neue Lieferbereiche und der am besten organisierte Teil ist in einen Extra-Bereich ausgegliedert, also wird sich das Kapital an **Ausgliederungen und Fremdvergaben** versuchen.

Schließlich beobachten wir auch bei anderen ehemaligen Staatskonzernen, die dem Kapital zum Fraß vorgeworfen wurden, dieselbe Strategie: Bereiche werden herausgebrochen und in Einzelunternehmen gegliedert, um sie verkaufen zu können. In der Sprache der McKinseys und BlackRocks, denen die Mehrzahl der Aktien gehören und von denen die Manager ausgebildet werden, heißt das "filetieren", also die besten Stücke herausschneiden.

Machen wir uns nichts vor: Damit bereitet die Post alles vor, um auch einen **Verkauf** zu ermöglichen. Die Zerschlagung wurde vorbereitet mit der **Postgesetz-Novelle**.

Nach neuem Postgesetz kann für jeden Bereich der ehemaligen Universal-dienstleistung ein anderes Unternehmen durchführen, wenn es dafür von der Bundesnetzagentur freigegeben wurde.

Damit kann die DHL mehrere Kleinunternehmen schaffen, die um Teile der Universaldienstleistung konkurrieren und so die Arbeiter der verschiedenen Teile des gleichen Monopols (DHL) gegeneinander ausspielen. Auch das wird nicht gut sein für unsere Gehalts- oder Schutztarifverträge. Oder sie verkauft die nervigen relativ gut organisierten Postler alle an irgendjemanden, der sie dann vor die Wand fahren lässt.

Aber was können wir nun tun? Was ist unsere Perspektive? Zuerst müssen wir die Gewerkschaft zwingen, die Gefahr ernst zu nehmen (siehe dazu den Artikel im hinteren Teil). Dann alle Kolleginnen und Kollegen aufklären, wie ernst die Gefahr ist und an jeden Herantreten, was er oder sie zu tun bereit ist. Drittens brauchen wir eine politische Perspektive.

Es braucht eine **breite betriebliche Aufklärung** und **betriebliche Aktionen** und eine Öffentlichkeits-Kampagne. Als 1989 die Post privatisiert werden sollte, kämpfte die Deutsche Postgewerkschaft dagegen vor allem mit dem Mittel der Öffentlichkeit. Es braucht politischen Druck gegen die Verantwortungsdiffusion und diesen riesigen Abbau sozialer und demokratischer Rechte. Nur zusammen mit der Bevölkerung können wir unsere Arbeitsbedingungen verteidigen.

Und die Perspektive? Na eine Post, die wieder den Leuten gehört, die die Post kriegen. Nur denen verpflichtet, deren Bürgerrecht wir umsetzen. Damit die Post den Arbeitern gehören kann, muss sie den Konzernherren aus den Pfoten geschlagen werden.

Was ist und was soll der "Rote Postler"?

Der rote Postler ist die Betriebszeitung der DKP Betriebsgruppe bei der Post in Kassel. Er erscheint seit dem Februar 2026 einmal im Monat. Die DKP, das ist die Deutsche Kommunistische Partei. Eine Kommunistische Partei organisiert die Arbeiter in ihren Reihen, die in der Arbeiterbewegung für eine konsequente Linie streiten: Die Arbeiter aller Länder haben andere Interessen als die Kapitalisten und die imperialistischen Staaten. Das führt zu einem Kampf - dem Klassenkampf. In dem schaffen sich die Arbeiter und als ihre konsequentesten Vertreter: die Kommunisten eine Waffe - ihre Betriebszeitungen - also den roten Postler.

Der rote Postler.
Betriebszeitung der DKP Betriebsgruppe Post Kassel.
Per Mail: bg-post-kassel@dkp.de
Website: bg-post-kassel.dkp.de
https://www.instagram.com/dkp_bg_post/
ViSdP: Wera Richter, Hoffnungsstraße 18
45127 Essen





Alles gesichert?

Zur Haltung der Ver.di zum Betriebsübergang bei Post/DHL

Auf der Delegiertenversammlung von Ver.di-Vertrauensleuten und Betriebsräten am 23.2.26 beschrieb der Betriebsratsvorsitzende Karl-Friedrich Sude den Betriebsübergang. Zunächst nannte er den Grund: der Name DHL sei den Aktionären schlicht bekannter als der Name Deutsche Post AG, das ganze sei "ein ganz normaler Prozess". So normal, dass nun anstelle des BGB §613a, der die weitere Geltung der Tarifverträge für nur ein Jahr vorsieht, alle Tarif- und Schutzverträge weiter gelten würden. Eine Verhinderung des Betriebsübergangs sei nicht möglich gewesen, insofern habe man die Übernahme der Tarifverträge erkämpft.

Damit beschreibt KF das, was Haltung der Ver.di ist, der Übergang ist gesichert, Nach dem Motto: Weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen (Vgl. Ver.di schafft Sicherheit, bewegen 4/2025).

Nur, logisch ist es nicht. Die Umbenennung in DHL AG erfolgte bereits vor Monaten und eine Umbenennung, wie sie KF als Grund nannte, braucht keinen Betriebsübergang.

Wenn es nichts ändert, warum macht man sich dann überhaupt Gedanken, ob es verhindert werden könnte? Hier ist viel Quatsch unterwegs, und das verwirrt, macht Zukunftsangst und die Kollegen unaufgeklärter, ängstlicher, schwächer - und damit auch die Gewerkschaft. Das schwächt uns alle.

Wir haben oben (S. 1 und 2 dieser Ausgabe) die Gefahren beschrieben, die von der Postgesetz-Novelle und dem Betriebsübergang herrühren, wir haben in Flugblättern, Veranstaltungen und unserer Zeitung, der UZ, bereits seit den ersten Referentenentwürfen im November 2023 darauf hingewiesen, dass hier Gefahren, Vorbereitungen der Kapitaleseite auf die Zerschlagung laufen. Keine Reaktion!

Die Angriffe werden kommen. Es kommt nun darauf an, uns Arbeiter und unsere Gewerkschaft darauf vorzubereiten. Dazu muss zuerst die Gewerkschaft dazu gezwungen werden, den Betriebsübergang und die **Zerschlagungspläne ernst zu nehmen.**

Unsere zweite Aufgabe ist, die **Angriffe**, die die DHL-Aktionäre auf die Postversorgung vorhaben, **in die Bevölkerung zu tragen**. Die Post ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Nur zusammen mit der Bevölkerung können die kommenden Angriffe abgewehrt werden.

Spielen wir das an einem Beispiel durch: Wenn aus dem Betrieb Geld gezogen wird, werden sich Unfälle, technisches KO für Fahrräder und Autos häufen, damit notwendigerweise auch Abbrüche. Das verschlechtert die Versorgung der Bevölkerung. Wenn wir diese Gebiete identifizieren und vor Ort Ver.di-Materialien, Zeitungen usw verteilen, wenn Gewerkschafter vor Ort uns unterstützen, wir die Kommunalpolitik, Initiativen, Ortsbeiräte usw einschalten. Dann können wir dagegen angehen.

Das wird den Widerspruch zwischen dem Zweck der Post für uns und die Menschen, für die wir das mit Herzblut tun, und den **Aktionären** vertiefen, denn die **wollen keine Postzustellung, die wollen Profit**.

Damit stehen wir vor der nächsten Aufgabe: Diesen Kampf kann man nur führen, wenn man eine **Perspektive**, eine Alternative hat.

Für die Ver.di ist die Perspektive die **Lobbyarbeit**, Ende April treffen sich Ver.di-Funktionäre mit den postpolitischen Verantwortlichen der Bundestagsparteien (außer der AfD, aber die ist ohnehin gewerkschaftsfeindlich) um sie von Verbesserungen zu überzeugen. *Das wird viel bringen. Die DHL kann sich die Parteien kaufen, wir erkaufen uns Redezeit.*

Wir brauchen Aufklärung und betriebliche und außenwirksame Aktionen! Aber ja, wir brauchen auch eine politische Perspektive. Da knüpfen wir an alte gewerkschaftliche Ideen an: *Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein!*

Wir Kommunisten meinen, dass die Post ein Grundrecht für alle Bürger sein sollte, dass niemand damit Profit machen muss. Dass sie also verstaatlicht und unter die demokratische Kontrolle der Arbeiter, der Bevölkerung und der kleinen Selbstständigen gestellt werden muss.

Mit dieser Perspektive stärken wir die Arbeiter im Betrieb indem wir die Einheitsgewerkschaft, die Ver.di stärken.



Unsere Kampfperspektive: Die Post gegen die Aktionäre verteidigen



Friedenskampf im Betrieb

Vorsicht!
Brandgefährliche
Friedens-Briefmarken



Die Merxheimer Friedensaktivistin Ursula verschickt Briefe. Sie nimmt das Logo des bundesweiten "Nie wieder Krieg - Die Waffen nieder"-Bündnisses, das Logo eines Panzers mit verknotetem Rohr und der Aufschrift "Nie wieder kriegstüchtig" und als drittes das Abbild eines Soldatenhelmes aus dem endlich sinnvollerweise eine Blume sprießt mit dem Aufruf, alle Kriegsdienste zu verweigern und dem Link zu einer Website zur Kriegsdienstverweigerung. Damit geht sie auf die Website der Deutschen Post, wählt das Produkt "Briefmarke individuell" und bestellt sich die Marken. Sie bekommt dann eine Mail - ein Brief wäre auch zu viel verlangt, von der Post - indem ihr erklärt wird, dass diese Logos gegen die AGB verstoßen und der Auftrag deswegen storniert wird.

AGB

Nach AGB sind solche Inhalte von der Gestaltung ausgeschlossen, die gegen Recht und Gesetz verstoßen, oder solche, die den Betriebsfrieden stören. Real wird das nicht getan, trotz der grundgesetzwidrigen Kriegshetze stellen wir taz, jungle world, Spiegel und Bild ja zu. Aber das dem Grundgesetz entsprechende Begehren des Friedens - das geht gar nicht! Aber warum stören Friedensbriefmarken den Betriebsfrieden?

Kriegslogistiker statt Bürgerpost

Wie kommt das, das im Grundgesetz festgelegte Friedensarbeit ausgeschlossen ist, aber dem Grundgesetz widersprechende Kriegspropaganda transportiert wird?

DHL (die Deutsche Heeres-Logistik oder so) exportiert Kapital in alle Herren Länder (220), sie kauft sich damit in die Logistikketten vor Ort ein (300 Millionen zB gegen in den Nahen Osten). Wenn nun diese Länder ihre Souveränität erkämpfen, wollen sie auch über ihre Logistik entscheiden. Dann geht es DHL an den Kragen und die Logistik wie die Profite bleiben vor Ort, anstatt dass sie an deutsche und US-Aktionäre fließen. Das kann natürlich nicht sein!

Außerdem verdient DHL an Krieg und Aufrüstung, ist mit der Feldpost eng verbandelt, neue Sortierfähige ZSPen und ganze PZs werden in der Nähe von Bundeswehralagen gebaut.

All das ist Teil der "zivil-militärischen Zusammenarbeit" (ZMZ), die in den "Grünbüchern" des Kriegsministeriums beschrieben wird.

Die hat für die Arbeiter ein besonderes Geschenk: Für diese Extraprofite können wir nach "Arbeitssicherstellungsgesetz" zur Arbeit gezwungen werden. Toll, was?

Ehrlich: Uns sind die Friedensmotive deutlich lieber als die Zwangsarbeit und dafür stören wir - zusammen mit den Ursulas dieser Welt den Betriebsfrieden.



Gründungserklärung der DKP Betriebsgruppe Post Kassel

Teil 3: Militarisierung und antimilitaristischer Kampf und Bürgerpost und Sozialismus

Über die Feldpost und die Logistikzentren der DHL in direkter Nähe zu Einrichtungen der Bundeswehr und ihrer Logistik, ob in Pfungstadt oder dem Flughafen Leipzig werden wir mit unserer Arbeit in den Krieg gezogen. Nicht umsonst kürzen Friedensaktivisten DHL mit „Deutsche Heeres-Logistik“ ab. Diese Einbeziehung hat eine lange Geschichte, schon die deutschen Faschisten steckten Postboten in SS-Kluft und zwangen sie zur Zustellung an der Front und in die Konzentrationslager. Daraus zog die Deutsche Postgewerkschaft 1986 den Schluss, nie wieder wolle sie in die Bundeswehr einbezogen werden.

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg hieß für sie nie wieder Militärpost, nie wieder Post der Unterdrücker, bis heute ist ihr Forderungsprogramm einer „Bürgerpost“ ein großartiges Beispiel antifaschistischer antimilitaristischer Gewerkschaftsarbeit.

Die Zerschlagung Verschlechterung von Betriebseinheiten, Arbeitsbedingungen und die und Versorgung hat den Kapitalexpert zur Erhöhung der Dividende zum Ziel. Mit dem Kapitalexpert steigt das Interesse an den inneren Bedingungen der Länder, in die das Kapital exportiert wird. Gerade heute, wo das imperialistische Lager seine Hegemonie verliert, gerade heute, wo an vielen Stellen die Völker die neokolonialen Fesseln zugunsten solidarischer Umgangsweisen abwerfen und das imperialistische Lager zum Krieg greift, ist das brandgefährlich. Kapitalexpert führt zum Krieg.

Im Kriegsfall greifen die reaktionären, immer weiter verschlimmerten Gesetze des reaktionär-militaristischen Staatsumbaus. Uns wird in „Arbeitssicherungsgesetzen“ der betriebliche Kampf, der Arbeitskampf verboten.

Wenn wir die Zustellung von Kriegsgerät, die Zustellung von Briefen von Krieffsgefangenen und Hinterbliebenen an Trümmerfelder nicht wollen, müssen wir bei uns ansetzen. Nein zum Krieg heißt nein zum Kapitalexpert, heißt nein zu den Atomraketen.

Die enge Verbindung von betrieblichem Kampf und Friedenskampf können wir auf der Grundlage der antimonopolistischen Strategie der DKP und ihrer Analysen zum Weltgeschehen ziehen. Diese Tradition können wir aufnehmen, weil die DKP so fest in der Tradition der Friedensbewegung der Bundesrepublik und der staatlichen Friedenspolitik der DDR steht.



Bürgerpost und Sozialismus

Das Bürgerrecht auf Post, eine Post, die der Bevölkerungsmehrheit und nicht den Dividenden verpflichtet ist, wird es erst unter sozialistischen Bedingungen geben. Erst dann, wenn die wichtigsten Produktionsmittel unter die Kontrolle der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten gestellt sind, wenn nach den Bedürfnissen der Bevölkerung geplant produziert wird, wenn die Macht im Staat der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten gehört, dann wird die Post ihre Aufgabe stellen und lösen können. Hin zu diesem sozialistischen Ziel, dem Ziel der DKP verfolgen wir die antimonopolistische Strategie der DKP.

Die Arbeiter bei der Post und die um ihre Versorgung gebrachte Bevölkerung, vor allem die in den ländlichen Gebieten, die Alten und nicht mehr mobilen, die kleinen Selbstständigen, die „Partnerfilialen“ unter Knebelverträgen die betreiben stehen dem Monopol gegenüber, dass die einen immer härter ausbeutet und den anderen die Versorgung immer schlechter sicherstellt und sich dennoch von der Bundesnetzagentur dieses Staates (häufig leider noch von der Gewerkschaft unterstützt) immer höhere Preise ermöglichen lässt. Sie stehen auch dem Staat gegenüber, der im Interesse des Monopols das Postgesetz zu Ungunsten der Arbeiter und der Volksmassen verschlechtert und vorsorglich gleich unsere sozialen und demokratischen Rechte einschränkt.

Aus diesen Bedingungen wird klar ersichtlich: Auf der Basis des gemeinsamen Kampfes möglichst aller Arbeiter bei der Post brauchen wir das Bündnis mit der Bevölkerung und den kleinen Selbstständigen im Kampf um unsere Arbeitsplätze und Versorgung, gegen deren Profite und Kapitalexport.

Dieser Kampf muss aufgenommen und von der Basis her entwickelt werden. Das antimonopolistische Bündnis gibt der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die zusätzliche Schlagkraft, die gebraucht wird, das Monopol zu isolieren. Das ist das antimonopolistische Bündnis, das auch die DKP anstrebt.

Im ersten Schritt muss dem weiteren Weg der Monopole und ihres Staates nach Rechts etwas entgegen gesetzt werden: Arbeitskämpfe und der Kampf für den Frieden, Kampf um die Versorgung sind unser Anteil am Kampf um eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt. Die derzeitigen Abwehrkämpfe müssen in der ganzen Arbeiterklasse geführt werden. Im solidarischen Verband der Partei lernen wir von der Pflegebewegung, die die Versorgungsfrage politisierte, lernen wir von den streikenden Logistikern und dem Kampf bei Amazon. Die Aufgabe, diese zu analysieren und für uns nutzbar zu machen, erfüllt die DKP vor allem durch ihre Zeitung, die UZ.

Dem antimonopolistischen Bündnis muss die Post gehören. Das Monopol muss verstaatlicht und unter deren Kontrolle gebracht werden. Die Anwohner, die kleinen Selbstständigen und die Arbeiter der Post müssen beschließen, wie die Versorgung sichergestellt werden kann. Nein zu Militärwerbung und Repressionspost, Ja zu kostenloser, aufklärender Literatur für alle.

Das wird der bürgerliche Staat der Bundesrepublik nicht lange – oder überhaupt nicht – mit sich machen lassen. Die Bürgerpost kann nur ein Schritt dazu sein, dass die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten diesen Staat überwinden. Aber wenn wir ihm die Post nehmen, haben wir unseren Anteil getan, der herrschenden Klasse ein Instrument genommen. Auch die anderen Instrumente müssen so von den Arbeitern übernommen und demokratisiert oder zerschlagen werden. So öffnen wir über die massenhafte Beteiligung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, Schlüsselindustrien, über über die die Übernahme der Überwindung des bürgerlichen Staates den Weg zum Sozialismus. Das ist auf uns angewandt – die antimonopolistische Strategie der DKP.

Eine sozialistische Post in einem sozialistischen Staat das ist unser Ziel. Das ist auch das Ziel der DKP.

Hiermit endet unsere in drei Teilen veröffentlichte Grundsatzklärung.



NEIN ZUR WEHRPFLICHT!

Theresa Siggelkow

Die letzte Störaktion

Proteste gegen Bundeswehr an Schule in Kassel. Ein
Erfahrungsbericht

Gekürzt aus: Unsere Zeit, 27.02.2026.

Dummes Zeug

„Wie hast du gestern MEIN Bezirk nicht geschafft? Jedes mal wenn ich frei habe wird es bei mir abgebrochen und ich muss mir den Arsch hier aufreißen um den sauber zu bekommen. Da liegen noch 5 Wurfsendungen die ich noch wegbringen muss, muss ich heute 4 mitnehmen. Die scheiß Springer können ja gar nicht anständig Arbeiten“

Dass die Bezirke nicht schaffbar sind wissen wir alle! Warum? Weil die DP AG so viel Arbeit auf so wenig Leute wie möglich abwälzt, um mehr Kohle zu machen. Und die Arbeitsbelastung wird schlimmer!

Wenn Arbeit nicht geschafft wird, liegt das an fehlender Bezirkskenntnis (besonders bei ekligen Briefkastenanlagen), also an Einsparungen der Post bei Einarbeitung. Auch mangelnde Routine macht langsamer. Und dauerndes Springen ist schlecht für jede Arbeitsmoral.

Uns allen ist wichtig dass die Arbeit am Ende gemacht ist. Die Mehrarbeit eines Abbruchs kann überfordernd sein.

Sollen wir einmal so zynisch sein wie die Post? *Es sind nicht eure Bezirke, denn Stammzusteller soll es nicht mehr geben, es sind nicht eure Touren, nicht eure Kunden, es ist der Post egal - warum nicht euch?*

Lassen wir den zynischen Dreck beiseite. Natürlich wollen wir gute Arbeit leisten, die meisten Kunden sind Arbeiter wie wir. Denen gilt unsere Solidarität.

Aber unsere Solidarität muss auch den neuen Kollegen, den Azubis und Springern gelten. Denn Versorgung für die Kunden muss erkämpft werden - gegen die "Produktivitäts-"Vorstellungen der Deutschen Post, die mit Versorgung und Qualität nichts mehr zu tun haben.

Berufsinformationstag an der Jacob-Grimm-Schule in Kassel: Um halb zehn stehe ich mit einer Tasche voller Flyer und anderem Material am Rande des Schulgeländes und warte. Der Anlass für unsere Anwesenheit liegt klar auf der Hand: die hier und heute stattfindende „Karriereberatung“ durch die Bundeswehr.

Doch sind es nicht nur wir, die dagegen protestieren. Die Schülerschaft selbst ist aktiv geworden und plant eine Boykottaktion: Dem Vortrag des Jugendoffiziers will man heute gemeinsam fernbleiben. Darüber hinaus ist eine Kundgebung auf dem Pausenhof geplant. Unterstützt werden die Schülerinnen und Schüler bei diesem ambitionierten Vorhaben durch ihre Schülervertretung (SV) sowie durch den Kasseler Ableger des bundesweiten „Schulstreik gegen Wehrpflicht“-Bündnisses.

Während sich nach und nach die ersten Schülerinnen und Schüler vor dem Oberstufengymnasium versammeln, kommt es mancherorts zu Diskussionen. Einig sind sich die Beteiligten vor allem darin, gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu sein, wohingegen die allgemeine Rolle der Bundeswehr und die aktuelle Aufrüstung der BRD vereinzelt weniger kritisch aufgefasst werden. Größtenteils verlaufen die Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern positiv.

So ist es auch keine Überraschung, dass rund 100 von ihnen an der kurz darauf stattfindenden Schulhofkundgebung teilnehmen. Neben der Losung „Nein zur Wehrpflicht“ werden auch Forderungen nach einer Entmilitarisierung des Bildungswesens laut. Die Schule solle ihre Schülerschaft zum kritischen Hinterfragen befähigen, anstatt sie Rekrutierungs- und Indoktrinationsversuchen der Bundeswehr auszusetzen. Dass immer mehr Geld in die Rüstung fließt, obwohl es doch im Bildungsbereich viel nachhaltiger investiert wäre, findet man außerdem „scheiße“.